

Stellungnahme der SPD-Fraktion
im Marktgemeinderat Stockstadt a. Main
zum



**Haushalt des Marktes Stockstadt a. Main
für das Jahr 2019**

14.3.2019

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Wolf,
sehr geehrte Damen und Herren der Verwaltung,
sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer,

in diesem Jahr darf ich wieder für die SPD-Fraktion zum Haushaltsentwurf für das laufende Jahr Stellung nehmen.

Der Haushalt steht, anders als die Haushalte in den Vorjahren, erstmals wieder im Zeichen von sich eintrübenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die aber bislang noch kein bedrohliches Ausmaß erreicht haben und ganz sicher nicht die Intensität des Abschwungs als Folge der Krise auf dem amerikanischen Immobilienmarkt ab 2007 annehmen wird. Gleichzeitig ist die Zinspolitik der EZB unverändert; es wird wohl wie auch in den vergangenen Jahren nicht mit steigenden Zinsen gerechnet werden dürfen. Insoweit: Vorsicht ist angebracht, Angst nicht.

Der vorliegende Haushaltsplan wird, das darf ich vorausschicken, die Zustimmung der SPD-Fraktion finden.

In diesem Jahr wird der Markt, trotz der erfreulicherweise um einen Prozentpunkt gesunkenen Kreisumlage, wieder einen Betrag von rund vier Millionen Euro an den Kreis abführen. Nun, der Landkreis ist eine Einrichtung der kommunalen Selbstverwaltung und muss sich ja irgendwie finanzieren. Es wäre allerdings zu wünschen, wenn der Kreis und seine Behörden sich des Umstands, dass die Kommunen und der Kreis an einem Strang ziehen sollten, häufiger bewusst machen würde. Grundsätzlich sollte sowohl dem Subsidiaritäts- als auch dem Demokratieprinzip Rechnung getragen werden: Entscheidungen auf möglichst niedriger Ebene durch gewählte Volksvertreter, nicht durch Gutachter und Beamte. Leider entspricht es dem Zeitgeist, dass so gut wie alles erst nach umfangreichen Fachkonsultationen entschieden werden kann. Leider ist unser System so gestrickt, dass es solches zögerliche Handeln auch begünstigt. Das muss aufhören.

Allerdings:

Auf ein Gutachten jedoch hatten wir uns eigentlich verständigt und hatten es auch bereits beschlossen: Das vom Landratsamt geforderte Gutachten zum

Standort der Grundschule, denn offensichtlich sind die gewählten Vertreter vor Ort nicht in der Lage, eine solche Entscheidung zu treffen. Ich verweise insoweit auf das eben bereits Gesagte.

Nun wollten aber sehr plötzlich und nicht ganz nachvollziehbar eine der Fraktionen im Marktgemeinderat und die dazugehörige Partei sich an die bereits getroffene Entscheidung, zur Frage des Standorts ein Fachgutachten einzuholen, nicht mehr gebunden wissen und beantragten, die Mittel für das Gutachten aus dem Haushalt zu streichen. Verbunden wurde dies mit einer Festlegung auf einen Neubau am alten Standort. Leider vergessen hatte die CSU bloß, dass man ohne zweckentsprechende Mittel im Haushalt keinen Neubau vorantreiben kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU:

Wenn man den Bürgern Fakten präsentieren will, sollte man sich an dieses selbstgesteckte Ziel auch halten. Hat irgendjemand jemals in einer Debatte zum Thema Standort Grundschule es auch nur im Entferntesten in Erwägung gezogen, die Zufahrt zur TG Halle zu schließen?

Nein? Warum ist es dann ein Vorteil des Festhaltens am alten Standort, dass die Zufahrt zur TG-Halle gesichert sei?

Hat jemals jemand auch nur in Aussicht gestellt, mehr als einen Hektar - Sie verwenden ja gerne den Ausdruck 10.000 qm, weil es so nach mehr klingt - hat das jemand in Aussicht gestellt, dass mehr als ein Hektar Wald dafür geopfert werden soll? Der Planer ging von einem Platzbedarf von 8.000 qm aus, wir sind für die weitere Planung mal von einem Hektar ausgegangen, von mehr als einem Hektar noch nie jemand. Glatt die Unwahrheit.

Niemand hat auch jemals eine Schule unter einer Hochspannungsleitung errichten wollen! Wieder ein Scheinargument!

Wenn Sie den Bürgern also Fakten bringen wollen, sagen Sie den Bürgern auch, dass auch die alten Schulgebäude bei einem Neubau auf jeden Fall abgerissen werden? Sagen Sie den Bürgern auch, dass ein Neubau am alten Standort die Konsequenz haben wird, dass vielleicht ein ganzer Jahrgang Stockstädter Kinder von der ersten bis zur vierten Klasse in einer Containerschule untergebracht werden muss? Sagen Sie das den Bürgern doch bitte bei nächster Gelegenheit.

Interessant aber für mich, dass die Stecker CSU offensichtlich das lautlose Bauen erfunden hat, denn mit Lärmbelästigungen haben die Anwohner am alten Grundschulstandort wohl nur zu rechnen, wenn dort etwas anderes als eine Grundschule gebaut wird. Ich lass mir gerne noch erklären, wie das geht.

Sehr geehrte Damen und Herren,
der vorliegende Haushalt ist in weiten Teilen den Sachzwängen geschuldet. Diese nehmen augenblicklich etwas Überhand. Die Verwaltung, insbesondere das Bauamt, hat im Moment alle Hände voll zu tun, und es macht irgendwann auch keinen Sinn mehr, Anträge zu stellen, für die erstens im Augenblick kein Geld mehr da ist, und zweitens auch keiner, der Zeit hat, sich um die Umsetzung zu kümmern. Dies haben wir bei unseren Anträgen zum Haushalt auch bedacht.

Als einzige Maßnahme, die sowohl Arbeit einsparen soll, als auch die Kreditaufnahme reduzieren, wurde der Ausbau des Gehwegs an der AB16 auf die Folgejahre verschoben. Ich denke, wir wissen alle, dass dieser Ausbau wichtig ist und wir werden alle daran arbeiten, die Maßnahme alsbald umzusetzen und nicht auf den Sankt Nimmerleinstag zu verschieben. Die Anwohner sollen, nachdem die Maßnahme ihnen ja bereits vorgestellt worden ist, nun auch einen schönen und intakten Gehsteig und Parkplätze bekommen.

In der Zukunft wird sich das Verhältnis der Bürger zu solchen großen Straßenausbaumaßnahmen wohl grundsätzlich ändern. Früher waren die Bürger durchaus bemüht, die Kosten für solche Projekte gering zu halten, weil sie über die Straßenausbaubeiträge an den Kosten beteiligt waren. Vor allem von den Kollegen der Freien Wähler werden diese ja gerne STRABs genannt, obwohl es doch korrekt STRABe heißen müsste. Ich fühle mich durch diese Abkürzung ohnehin immer in Unizeiten zurückversetzt, dort grassierte nämlich der STAKÜWA, der studentische Abkürzungswahnsinn. Nun, wir waren ja alle gegen die Straßenausbaubeiträge in Ihrer alten Form. Nun sieht es aber leider so aus, dass die finanzielle Kompensation für die Gemeinden, obgleich versprochen, doch eher schmal ausfallen wird. Das bedeutet eine weitere Belastung der kommunalen Haushalte, aus denen weiter eine Vielzahl von freiwilligen und Pflichtaufgaben finanziert werden müssen. Nach unserer Ansicht wäre eine von den Städten und Gemeinden zu erhebende kommunale Straßenabgabe immer noch das gerechteste und transparenteste Mittel den Ausfall zu kompensieren. Leider ist der bayerische Landtag für solche Überlegungen im Moment noch taub und ich darf an alle Fraktionen appellieren, bei Ihren jeweiligen Vertretern für eine solche sinnvolle Nachfolgeregelung zu werben.

Für den Ausbau unseres Dorfplatzes hatten wir, um noch einige Maßnahmen für eine bessere Nutzbarkeit des Platzes zu erreichen, erhöhte Mittel im Haushalt gefordert. Dafür stehen nun entsprechende Mittel zur Verfügung.

Nicht außeracht gelassen dürfen unserer Meinung nach Maßnahmen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus. Hier besteht weiter großer Bedarf, der von uns angegangen werden muss und eine bedeutende Aufgabe für die Zukunft darstellen wird.

Eine bessere Anbindung unserer liebevoll Tunnél genannten Fußgängerunterführung soll in diesem Jahr umgesetzt werden, genauso wie die unsererseits ebenfalls im letzten Jahr bereits beantragten Wartehäuschen am Bahnübergang - bei den jetzigen Schließzeiten vielleicht am besten gleich mit Toilette, Wickelraum und Bewirtung.

Endlich umgesetzt wird in diesem Jahr dann auch der Ausbau der Aussegnungshalle. Wir hoffen, dass der Umbau mit möglichst geringen Einschränkungen des Betriebs nun zügig zum Abschluss kommt. Wir haben es

ja schon gehört, der Haushalt dieses Jahres wird dadurch kaum belastet werden, da hier noch ein Haushaltsrest aus dem Vorjahr zur Verfügung steht.

Nicht sinnvoll war für uns eine Zurückstellung von Maßnahmen zur Verbesserung des inneren- und überörtlichen Radverkehrs. Wenn wir künftig eine Abkehr vom Individualverkehr mit Verbrennungsmotor und allen damit verbundenen Nachteilen, insbesondere dem Lärm, erreichen wollen, muss an dieser Stelle konsequent und zeitnah gehandelt werden. Eine Verbesserung des ÖPNV, wie von uns bereits beantragt, ist hier der zweite entscheidende Baustein.

In den nächsten Jahren kommen auf den Markt Stockstadt und seinen Haushalt große Aufgaben zu. Die Sanierung des Schwimmbads, der Neubau der Grundschule, die Beschaffung einer neuen Drehleiter für die Feuerwehr, eventuell weiterer Bedarf in Sachen Kindergärten - die Liste der teuren aber notwendigen Projekte ist lang und wir hoffen, dass wir diese Aufgaben aufgrund unserer gesunden Finanzlage auch stemmen können werden. Unser Stockstadt soll auch weiterhin liebens- und lebenswert bleiben.

Auch wenn ich gerade auf meine schwarzen Kollegen geschimpft habe, so war die Zusammenarbeit im Haupt- und Finanzausschuss im Großen und Ganzen konstruktiv und von kollegialer Zusammenarbeit bestimmt. Ich darf mich daher bei allen Beteiligten, den Damen und Herren der Verwaltung, Herrn Bürgermeister Wolf, den Kolleginnen und Kollegen des Marktgemeinderats und besonders bei unserem Kämmerer Herrn Barthel, der das staubige Zahlenwerk verständlich und nachvollziehbar gemacht hat, herzlich bedanken.

Wer in dieser Stellungnahme zum Haushalt die Zahlen vermisst hat:

Es ist nicht der Sinn einer Haushaltsrede, dass von fünf Leuten fünfmal die gleichen Zahlen rauf- und runter referiert werden.

Ich hoffe, dass unsere politische Einschätzung der Haushaltslage trotzdem verständlich übergekommen ist.

Ich bedanke mich fürs Zuhören, wünsche allen noch einen schönen Abend und, dass der letzte deutsche Fußballverein in einem internationalen Wettbewerb heute auch noch weiterkommt!

Stockstadt, den 14.3.2019

Rafael Herbrik
für die SPD-Fraktion